



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 21.02.2025

Vorschau auf die Doppelsitzung des Kantonsrates vom Montag, 24. Februar 2025

Fokusthema: Energie und Ökologie

Der Kantonsrat wird sich am Montag mit verschiedenen Themen befassen, die der Baudirektion zugeordnet sind. Die Vorstösse und parlamentarischen Initiativen reichen von den Löhnen der Axpo-Leitung über die Kreislaufwirtschaft und Unisex-Toiletten bis hin zu rassistisch geprägten Kulturgütern. Der Rat wird am Vormittag ab 8:15 Uhr und am Nachmittag ab 14:30 Uhr tagen.

Wahl in die Finanzkommission und drei dringliche Postulate

Zum Auftakt ist ein Wahlgeschäft traktandiert, das Formsache sein dürfte. FDP-Kantonsrat Philipp Müller soll den vor drei Wochen ins Ratspräsidium gewählten FDP-Kantonsrat Beat Habegger in der Finanzkommission ersetzen ([KR-Nr. 43/2025](#)). Anschliessend beginnt die Behandlung der Vorstösse. Die ersten drei sind dringliche Postulate, die der Regierungsrat entgegennehmen will. Der Rat wird entscheiden, ob er sie tatsächlich überweist. Beim ersten, von Lisa Letnansky (AL) eingereichten Postulat, geht es um einen kantonalen Solidaritätsbeitrag für Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 ([KR-Nr. 19/2025](#)). Dieses Postulat wird von der SP, den Grünen, der EVP und der GLP unterstützt. Mit dem zweiten verlangt SP-Kantonsrätin Isabel Bartal Unterstützung von der GLP, den Grünen und der AL vom Regierungsrat zu prüfen, ob eine Zwischennutzung auf dem Areal des ehemaligen Kinderspitals möglich ist ([KR-Nr. 424/2024](#)). Vorgeschlagen werden insbesondere studentischer Wohnraum oder die Unterbringung von Asylsuchenden. Mit dem dritten dringlichen Postulat schliesslich fordert SP-Kantonsrat Nicola Siegrist mit breiter Unterstützung von linken und bürgerlichen Parteien die Vergütungen für den CEO und die Geschäftsleitungsmitglieder der Axpo auf eine Million Franken pro Jahr zu deckeln ([KR-Nr. 30/2025](#)).

Kongresszentrum, Kontrolle über die Axpo und Kreislaufwirtschaft am Bau

Bei den zwei folgenden Postulaten fand eine Mehrheit in den vorberatenden Kommissionen die Auskünfte der Regierung nicht ausreichend. Sie beantragen deshalb eine abweichende Stellungnahme zur Abschreibung des Vorstosses. Im ersten Fall ist umstritten, ob es im Kanton ein neues Kongresszentrum braucht ([KR-Nr. 350/2017](#)). Und im zweiten beharrt eine knappe Kommissionsmehrheit auf der Forderung, dass ein Mitglied des Regierungsrates den Kanton im Axpo-Verwaltungsrat vertritt ([KR-Nr. 330/2022](#)). Zufrieden war die vorberatende Kommission hingegen mit den Ausführungen des Regierungsrates zur Umsetzung der Kreislaufwirtschaft am Bau und beantragt deshalb einstimmig die Abschreibung des Postulats ([KR-Nr. 413/2021](#)).

Parlamentarische Initiativen zu den Elektrizitätswerken und zum Strickhof

Umstritten war in der vorberatenden Kommission die Anpassung des Gesetzes der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) an die kantonalen Klimaziele, die auf eine parlamentarische Initiative aus den Reihen der Grünen zurückgeht. Eine knappe Kommissionsmehrheit will aus dem Bilanzgewinn einen Fonds aufn, mit dem die EKZ bei sich und Dritten Massnahmen finanzieren sollen, die zur Erreichung der Klimaziele und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit beitragen ([KR-Nr. 255/2021](#)). Einstimmig steht die vorberatende Kommission hingegen hinter einer Änderung des Landwirtschaftsgesetzes, mit der sich der kantonale Ausbildungs- und Versuchsbetrieb Strickhof stärker an den vom Bund vorgegebenen Umweltzielen der Landwirtschaft ausrichten soll ([KR-Nr. 237/2021](#)).

Weitere Vorstösse zu umwelt- und siedlungspolitischen Themen

Es folgen wieder Postulate zu verschiedenen umweltpolitischen Themen, die als erledigt abgeschrieben werden sollen. Eine abweichende Stellungnahme zum Bericht des Regierungsrates fordert eine Mehrheit der vorberatenden Kommission allerdings bei der Prävention gegen invasive Neophyten ([KR-Nr. 412/2019](#)). Sie will festhalten, dass der Kanton Neophyten nicht nur auf den eigenen Flächen bekämpfen, sondern auch aktiv auf die Gemeinden zugehen und sie zu entsprechenden Massnahmen anhalten soll. Das nächste Postulat zum Lärmschutz dank Komfortlüftungsanlagen wurde sozusagen auf Bundesebene erledigt, indem nämlich die sogenannte Lüftungsfensterpraxis ins Umweltschutzgesetz aufgenommen wurde ([KR-Nr. 20/2020](#)). Zufrieden war die vorberatende Kommission mit der ausführlichen Antwort des Regierungsrates zu einer kantonalen Wasserstoffstrategie ([KR-Nr. 385/2021](#)). Sie beantragt einstimmig die Abschreibung des Postulats. Gegen die Abschreibung des Postulats zur Förderung ökologischer Kleinwohnformen ist ebenfalls keine Opposition zu erwarten ([KR-Nr. 66/2019](#)). Und auch die Postulatsantwort zum Umgang mit artenreichen Magerwiesen hat in der Kommission keine gewichtigeren Einwände provoziert ([KR-Nr. 369/2019](#)). Einen einstimmigen Antrag für die Abschreibung gibt es zudem beim Postulat zum Bewirtschaftungskonzept für Renaturierungen ([KR-Nr. 412/2021](#)). Dabei wurde gewürdigt, dass das Förderprogramm «Vielfältige Zürcher Gewässer» auf grossen Anklang stosse. Ebenfalls einstimmig wurde der Antrag für die Abschreibung des Postulats betreffend die Sanierung ungenügender ökologischer Infrastruktur gefasst ([KR-Nr. 393/2019](#)).

Um die Rückspeisung grosser alternativer Energiemengen ins Netz in ländlichen Gebieten geht es in einem Vorstoss von SVP-Kantonsrat Paul von Euw, der dabei auch die Unterstützung der SP und der GLP hat. Der Vorstoss war ursprünglich als Motion eingereicht worden, wurde dann aber in ein Postulat umgewandelt, nachdem der Regierungsrat die Entgegennahme als Postulat erklärt hatte ([KR-Nr. 471/2022](#)). Die Löschung des Richtplaneintrags «Akutversorgung» in Zürich Hottingen ist Ziel einer Motion von SP-Kantonsrätin Isabel Bartal, die ebenfalls von der GLP mitgetragen wird. Es geht darum, das frühere Areal des Kinderspitals wieder in ein Siedlungsgebiet mit Wohnnutzung zu überführen ([KR-Nr. 28/2023](#)). Mit dem nächsten Vorstoss soll das Recycling im Bereich Kunststoffe und Getränkekartons gesteigert werden ([KR-Nr. 31/2023](#)). Der Regierungsrat will die Motion als Postulat entgegennehmen.

Anschliessend entscheidet der Rat über die Überweisung eines Postulats von FDP-Kantonsrätin Sonja Rueff-Frenkel, mit dem sie unterstützt von SP und SVP verlangt zu prüfen, ob die Pflicht für geschlechtergetrennte Toiletten in Gaststätten und Clubs nicht gestrichen werden kann ([KR 33/2023](#)). Der Regierungsrat aber will dem Sicherheitsbedürfnis der Frauen Rechnung tragen und lehnt den Vorstoss ab. Hingegen hat er sich bereit erklärt, das Postulat von SP-Kantonsrat Andrew Katumba entgegenzunehmen, der unterstützt von den Grünen und der EVP verlangt, eine Pflicht für Mehrwegverpackungen für Take-aways zu prüfen ([KR-Nr. 70/2023](#)). Der Rat diskutiert den Vorstoss, weil sich die SVP bei der ersten Traktandierung gegen die diskussionslose Überweisung gewehrt hatte. Anschliessend ist eine Interpellation zur Brückensanierung Eglisau traktandiert, die mit der Diskussion der Antwort des Regierungsrates dazu im Rat erledigt wird ([KR-Nr. 73/2023](#)). Ein seit längerem kontrovers diskutiertes Thema nimmt schliesslich die Motion «Keine rassistischen Kulturgüter im öffentlichen Raum» auf, die SP-Kantonsrätin Mandy Abou Shoak mit Unterstützung der AL vertritt ([KR-Nr. 131/2023](#)).

Lisa Letnansky (AL, Zürich) 079 508 17 13

Isabel Bartal (SP, Eglisau) 079 400 43 49

Nicola Siegrist (SP, Zürich) 078 944 01 00

Paul von Euw (SVP, Bauma) 079 126 91 91

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich) 076 488 28 55

WAK-Präsident Marcel Suter (SVP, Thalwil) 079 640 10 28

KEVU-Präsident Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon) 079 385 51 84

KPB-Präsidentin Barbara Franzen (FDP, Niederweningen) 079 946 52 15

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden.
Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Jürg Sulser, Kantonsratspräsident, 079 416 17 00
Frank Sieber, stv. Medienbeauftragter, 078 835 56 55